## REGIERUNG VON MITTELERANKEN

Regierung von Mittelfranken · Postfach 6 06 · 91511 Ansbach



Stadt Fürth Tiefbauamt/Abt. Straßen- und Brückenbau Herrn Stadtbaurat Krauße 90744 Fürth

Stadt Fürth - Tiefbauamt Eingang 14. Marz 2017 StrN StrV Bh

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen (Bitte bei Antwort angeben) Ihre Ansprechpartnerin/Ihr Ansprechpartner E-Mail: markus.heydner@reg-mfr.bayern.de

TfA/StrN

12-1416-16-50

Telefon / Fax

Erreichbarkeit

Datum

0981 53-

Promenade 27

06.03.2017

14.02.2017

Herr Heydner

1494 / 981494 Zi. Nr. F 277

Vollzug des Kommunalabgabengesetzes;

Änderung der Erschließungsbeitrags- und Straßenausbaubeitragssatzung

Ihre Nachfrage vom 14.02.2017

Sehr geehrter Herr Krauße,

auf Ihre o.a. Anfrage teilen wir mit, dass die Regierung von Mittelfranken die Auffassung des Rechtsamtes der Stadt Fürth für zutreffend erachtet.

Das sogenannte Straßenbegleitgrün (Straßenbäume und andere Grünflächen) ist Bestandteil der jeweiligen Erschließungsanlage. Für die Gemeinden besteht die Verpflichtung, jeweils die Kosten für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen im Sinne von § 127 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie die Kosten für die Erneuerung und Verbesserung von Ortsstraßen und beschränkt öffentlichen Wegen im Rahmen von Erschließungsbeiträgen und Straßenausbaubeiträgen auf die jeweiligen Anlieger - zu einem bestimmten Anteil - umzulegen. Einzelne Bestandteile von Erschließungsanlagen können daher nicht von einer Beitragspflicht ausgenommen werden.

Eine entsprechende Regelung wäre somit rechtswidrig.

Einem Presseartikel (Verlag Nürnberger Presse, Ausgabe 13.02.2017: "Stadt schont Anlieger") haben wir im Übrigen entnommen, dass weiter angedacht wurde - angesichts der Regelung des Art. 5a Abs. 7 Satz 2 KAG, nach der die Abrechnung von noch nicht fertig gestellten Straßen nach 25 Jahren nicht mehr möglich ist – auf die rechtzeitige Fertigstellung und beitragsrechtliche Abrechnung generell zu

Von einem derartigen Vorgehen würden wir Ihnen dringend abraten. Nachvollziehbar wäre zwar noch, wenn angesichts des hohen Arbeitsanfalls (oder etwaiger besonderer Umstände im jeweiligen Einzelfall) einzelne Anlagen nicht rechtzeitig fertiggestellt und abgerechnet werden können. Ein genereller Verzicht ist jedoch unseres Erachtens nicht möglich; insbesondere wird vielfach die Möglichkeit bestehen einzelne Teilanlagen im Wege der Kostenspaltung abzurechnen.

Mit freundlichen Grüßen

Fischer

Regierungsdirektor